

paperpress

.....N e w s l e t t e r.....

Impressum: paperpress Jugend- und kommunalpolitischer Pressedienst Berlin. Gegründet am 7.4.1976. Gründer und Herausgeber: Ed Koch. Chefredakteur: Chris Landmann (verantwortlich für den Inhalt), Fotoredaktion: Lothar Duclos. Träger / Verlag / Vertrieb / Druck: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V., vertreten durch den Vorstand Ed Koch und Chris Landmann. Postanschrift: Paper Press, Postfach 42 40 03, 12082 Berlin. Web: www.paperpress.org (Textarchiv) / www.paperpress-newsletter.de (Newsletter-Archiv) / Telefon: (030) 705 40 14 Fax: 705 25 11 – Leserschriften, Be- und Abbestellung des Newsletters und der monatlichen Druckausgabe: E-Mail: post@paperpress.org – Nachdruck honorarfrei mit Quellenangabe. Der Newsletter wird kostenlos zugestellt. Alle Newsletter-texte auch auf www.paperpress.org. Die Druckausgabe erscheint monatlich. Preis für die Zustellung: 20 Euro jährlich.

Nr. 493 Q

26. Mai 2013

38. Jahrgang

Das Märchen von den reichen Bezirken Oder, wie der Senat die Bezirke abzockt

Es war an der Zeit, dass endlich einmal ein paar klare Worte über die angeblich so reichen Bezirke gesprochen wurden. In einem Beitrag des TAGESSPIEGEL äußerte sich die Bezirksbürgermeisterin von Tempelhof-Schöneberg, **Angelika Schöttler** (SPD), im März dieses Jahres.

„Wir wirtschaften gut, aber wir sind nicht reich“, sagte sie dem TAGESSPIEGEL. Und die „Begeisterung des Finanzsenators **Ulrich Nußbaum** (parteilos, für SPD) darüber, dass acht Bezirke ohne Schulden auskommen und sogar einige Millionen Euro auf die Seite legen konnten, teilt **Angelika Schöttler** nicht.“

Angeblich verfügt Tempelhof-Schöneberg über ein Guthaben von 24,2 Millionen Euro. Man muss dazu allerdings wissen, dass aus so genannten „haushaltstechnischen Gründen“ jährlich nur die Hälfte zur Verfügung steht.“ Warum eigentlich? Die verbleibenden 12,1 Millionen Euro entsprechen knapp zwei Prozent des Bezirkshaushalts von 630 Millionen. Aber immerhin. Acht der zwölf Bezirke kommen ohne Schuldenmachen aus, sicherlich gibt es Gründe, warum es die anderen vier nicht schaffen. Aber, so muss man sich auch fragen, wie kommen Überschüsse zustande? Natürlich durch gutes Wirtschaften. Aber eben auch auf Kosten der Beschäftigten und der Leistungen für die Bürger. So galt im letzten Jahr eine Haushaltssperre und erst im August konnten wieder fehlende Stellen besetzt werden. Haushaltssperren sind ein beliebtes Mittel, um Geld zu sparen. Aber, wie gesagt, der Preis ist hoch, denn die Belastungen tragen die Mitarbeiter und Bürger.

Abgesehen davon, dass viele öffentliche Gebäude einen erheblichen Sanierungsbedarf haben, zockt der Finanzsenator die Bezirke bei den so genannten Infrastrukturkosten ab. Schöttler beklagt in dem TAGESSPIEGEL-Beitrag, dass zu viele eigene Gebäude in ihrem Bezirk zu teuer in der Bewirtschaftung sind. Deshalb müsse das Rathaus Friedenau verkauft werden. Das ist das Gegenteil von bürgernaher Politik. Angeblich sei das Rathaus nicht ausgelastet. Warum vermietet man dann nicht die freien Räume? Die Mitarbeiter des Rathauses Friedenau sollen auf andere Standorte aufgeteilt werden. Dort muss aber erst einmal kräftig investiert werden, um entsprechende Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen. Was kommt dann dabei heraus? Wie groß werden die neuen Arbeitsplätze sein? Ist sichergestellt, dass Mitarbeitern, die teilweise sensible Telefonate mit Klienten zu führen haben, ein Raum zur Verfügung steht, oder werden mehrere Mitarbeiter in einem Zimmer arbeiten müssen?

Dies sind wichtige Fragen, aber die entscheidende ist eine andere. Der Senat will, dass alle Angebote der Bezirke von den Kosten her vergleichbar sind. Warum eigentlich? Den Bürger interessiert nicht, ob für die Erstellung eines Dokumentes in Neukölln 30 Euro und in Pankow 50 aufgewendet werden müssen. Das ist Verrechnungssache des Finanzsenators. Wer eigene Bürogebäude hat, müsste eigentlich besser dran sein, als jemand, der sich welche anmieten muss. Dem Finanzsenator ist allerdings daran gelegen, dass die Bezirke, die eigene Gebäude haben, genau so teuer belastet werden, wie diejenigen, die anmieten müssen.

Dafür hat er sich (der Ursprung soll bei Sarrazin liegen) ein System ausgedacht, das man keinem klar denkenden Menschen vermitteln kann. Wir wollen das hier auch gar nicht versuchen, sondern nur auf etwas hinweisen. Während die einen Mieten zahlen, werden den anderen Abschreibungen auf Gebäude und kalkulatorische Gebäudezinsen berechnet. Diese Kosten tragen den interessanten Vermerk „buw“ budgetunwirksame Kosten. Im Gegensatz dazu stehen die budgetwirksamen Kosten, also Strom, Wasser, Straßenreinigung etc. Die Gebäudekosten nennen sich zwar budgetunwirksam, werden jedoch den Bezirken von der jährlichen Finanzaufweisung abgezogen, und damit fehlt dieses Geld ganz konkret.

Wir haben den Finanzsenator gebeten, uns das einmal zu erklären. Hier seine Antwort:

„Die kalkulatorischen Kosten (Abschreibungen und Zinsen) eines Gebäudes generieren sich aus den Anschaffungs- und Herstellungskosten unter Berücksichtigung der Baupreis- und Zinsentwicklung und der voraussichtlichen Nutzungsdauer eines Gebäudes. In der Nutzungsdauer spiegeln sich die unterschiedlichen Bauweisen und -ausführungen wider. So werden Gebäude in leichter Bauweise mit durchschnittlich 60 Jahren abgeschrieben und Gebäude in massiver Bauweise in der Regel mit 100 Jahren.

Der Verkehrswert bzw. Marktwert einer Immobilie ist der im gewöhnlichen Geschäftsverkehr erzielbare Preis zum Zeitpunkt einer Verkaufsabsicht. Dieser Marktwert unterliegt den üblichen Schwankungen des Immobilienmarktes und ist weder in der Kostenrechnung noch bei der Budgetberechnung der Bezirke von Relevanz.

Seit dem Jahr 2010 werden die kalkulatorischen Kosten der Bezirke als Bestandteil der Produktkosten zahlungswirksam im Haushaltsplan abgebildet. Hierdurch konnten die Transparenz erhöht und damit die Steuerungsprozesse gestärkt werden, die auf die betroffenen Kostenarten – insb. die kalkulatorischen Gebäudekosten – wirken. Mit anderen Worten: Die Bezirke erhalten eine Zuweisung für die kalkulatorischen Kosten. Im Gegenzug sind die Bezirke verpflichtet, haushaltswirksame Verrechnungen für kalkulatorische Kosten – getrennt nach kalk. Gebäudekosten, kalk. Pensionen und kalk. Zinsen für Mobilien – an den Landeshaushalt zu leisten.“

Von einer anderen Quelle haben wir dazu erfahren, dass in der „Anlagenbuchhaltung keine Verkehrswerte enthalten sind, sondern die Wiederbeschaffungswerte. Dieses Prinzip geht von dem Grundsatz aus, dass alle vorhandenen Gebäude dem Betriebszweck dienen und nicht verzichtbar sind. Im Falle des Untergangs wird deshalb davon ausgegangen, dass Geld in einer bestimmten Höhe benötigt wird, um das gleiche Gebäude neu zu bauen. Dafür gibt es eine bestimmte Berechnungsmethode, die nicht neu ist, sondern derjenigen entspricht, die auch bei bestimmten Feuerversicherungen angewandt wird. Das ist der Wert, mit dem das Gebäude berücksichtigt wird.“

Also: der Verkehrswert eines Gebäudes spielt keine Rolle. Die „buw“-Kosten werden den Bezirken danach berechnet, wie teuer es quasi wäre, im Falle eines „Unterganges“, womit sicherlich

Zerstörung durch Brand oder ähnliches gemeint ist, das Gebäude neu zu errichten. Der Finanzsenator erhebt also eine Art Versicherungsprämie. Es ist nicht davon auszugehen, dass dieses Geld gut angelegt, sondern für viele andere Ausgaben Verwendung findet. Sollte dann doch einmal ein Gebäude untergehen (woran ich mich in den letzten 40 Jahren nicht erinnern kann), muss man es halt aus dem laufenden Haushalt bezahlen. Ich nenne das unseriös. Das Land Berlin versichert seine Gebäude nicht, außer gegen Feuer. Im Falle des Wasserschadens vor einigen Monaten im Rathaus Friedenau musste sehr viel Geld aufgewendet werden, um die Räume, die jetzt zum Verkauf stehen, wieder herzurichten. Entsprechende Versicherungen wären zu teuer. Hoffentlich rechnet sich dieses Modell für den Steuerzahler.

Dennoch: der Finanzsenator sollte einmal offenlegen, wie er zu den so genannten buw-Kosten kommt. Die Bezirke nehmen es hin, keiner wehrt sich gegen die Abzüge des Finanzsenators. Warum auch? Millionenbeträge werden den Bezirken auf diese Art und Weise vorenthalten. Man kann jedem Bezirk nur raten, alles zu verkaufen und dann neu anzumieten, denn die Mietkosten muss schließlich der Finanzsenator übernehmen. Verkäufe lohnen sich allerdings für die Bezirke auch nicht so richtig, weil der größte Teil des Erlöses nicht ihnen zufließt, sondern der Kasse des Finanzsenators. Die Bezirke müssen als Spardose des Senats immer wieder erhalten. Während sich die Zahl der Beschäftigten in den Bezirken stetig reduziert, ist diese Tendenz auf Senatsebene nicht erkennbar. Besonders ernst werden die Bezirke vom Senat auch nicht genommen. Und die Leistung der Mitarbeiter wird weder entsprechend gewürdigt und schon gar nicht vergütet. Während mit einer bestimmten Besoldungsgruppe auf Bezirksebene jemand einen ganzen Fachbereich mit vielen Beschäftigten leitet, trägt auf Landesebene ein anderer mit der gleichen Bezahlung gerademal für sich Verantwortung.

Irgendwann sollte man diesen ganzen Unsinn der zweistufigen Verwaltung einfach sein lassen und die Bezirksämter in der jetzigen Struktur auflösen, dann könnten Vorortbüros der jeweiligen Senatsverwaltungen die Arbeit übernehmen. Vorteil für die Beschäftigten wäre dann die gleiche Bezahlung auf allen Ebenen. Ob der Bürger von dem einem Modell oder den anderen mehr hätte, ist allerdings fraglich.

Ed Koch